

Subventionen für Profite der Konzerne

Während in sozialistischen Ländern der Staat beträchtliche Summen von Subventionen für stabile Preise der Massenbedarfsgüter bereitstellt, erhält in den kapitalistischen Staaten das Großkapital staatliche Zuschüsse zur Sicherung hoher Profite. Beispiele aus der BRD:

— Den Konzernen der Wertindustrie werden 1978 auf diese Weise 106,9 Millionen DM aus dem Steueraufkommen zugeschanzt, dessen Hauptquelle die Lohnsteuer ist. Das sind 24 Millionen DM mehr als 1977. Für den Zeitraum von 1980 bis 1983 sind sogar jährlich 538,4 Millionen DM vorgesehen. Hinzu kommt noch die gleiche Summe in Form von zinsverbilligten Krediten.

Insgesamt erhielten die BRD-Werften seit 1962 schon 1,3 Milliarden DM aus Steuermitteln und 1,8 Milliarden DM über verbilligte Kredite. Obwohl damit angeblich Arbeitsplätze gesichert werden sollten, sind allein in den vergangenen drei Jahren im Schiffbau 10000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. In diesem Jahr stehen weitere 3000 auf dem Aussterbeetat. Die Howaldtswerke/Deutsche Werft AG in Hamburg und Kiel aber meldeten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Profit von 80 Millionen DM.

— Die Bergbaukonzerne erhalten 1978 — außer den ihnen seit Jahren zufließenden vier Milliarden DM öffentliche Subventionen — 348 Millionen DM Finanzhilfe und 314 Millionen DM in Form von Kokskohlenbeihilfe.

Ungeachtet massiver staatlicher Stützung haben die Zechenkonzerne allein im Ruhrgebiet in den ver-

gangenen 20 Jahren 82 Zechen mit einer Gesamtbelegschaft von 122 000 Mann stillgelegt. Opfer der Zechensterbens waren ferner 37 Kokereien mit über 9000 Beschäftigten sowie 20 Brikettfabriken mit annähernd 500 Arbeitern.

— Den Eisen- und Stahlkonzernen fließen 1978 nahezu 366 Millionen DM Subventionen zu. Alle 53,8 Millionen DM Steuergelder werden dem luxemburgischen Stahlkonzern ARBED zur Verfügung gestellt, der ein umfangreiches Rationalisierungskonzept in der Stahlindustrie des Saarlandes realisiert. Bis 1983 sollen rund 8700 Arbeitsplätze vernichtet werden, nachdem bereits zu Beginn dieses Jahres 2800 Beschäftigte in der Stahlbranche des Saarlandes entlassen wurden.

— Den Konzernen der Luft- und Raumfahrtindustrie werden 300 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Zu den Empfängern zählen solche Rüstungsunternehmen wie der Münchner Messerschmitt-Bölkow Blohm-Konzern, der maßgeblich an dem aufwendigsten Luftrüstungsprojekt in der Geschichte der NATO beteiligt ist, dem Bau des Mehrzweck-Kampfflugzeuges „Tornado“.

— Für die militärische Forschung und Entwicklung werden pro Jahr 1,1 Milliarden DM Steuergelder als Subventionen gezahlt. Empfänger sind vor allem die Konzerne der Elektronik-, Chemie- und Kraftfahrzeugindustrie.

— Neben den Subventionen hat sich auch die Reform der Körperschaftsteuer — eine Einkommensteuer für Aktiengesellschaften — als profittreibend erwiesen. Die Dividenden sind dadurch allein 1977 bis zu 56 Prozent gestiegen. Beim Daimler-Benz-Konzern beispielsweise erhöhte sich der Dividendensatz von neun auf 14 DM je 50-DM-Aktie. Im Durchschnitt kassierten Aktionäre, die 1976 für eine 100-DM-Aktie 14,27 erhielten, für das vergangene Jahr 19,19 DM wobei wiederum die großen Konzerne am meisten scheffelten.

(NW)

Versammlungen gut vorbereiten

Die Leitung der Abteilungsparteiorganisation BD Instandhaltung im Kombinat VEB Chemische Werke Buna richtet stets ihr Augenmerk auf eine gründliche Vorbereitung der Mitgliederversammlungen. Bewährt hat sich, daß sie regelmäßig jeden 2. Montag im Monat stattfinden. Dadurch ist eine gute Teilnahme aller Mitglieder und Kandidaten erreicht worden.

Vierzehn Tage vor der Mitgliederversammlung wird mit allen Parteigruppenorganisatoren und Mitglie-

dern der Leitung das Thema und die Tagesordnung beraten. In der gleichen Woche werden die Parteigruppenversammlungen durchgeführt. Hier wird allen Genossen und Genossinnen der Inhalt und das Ziel der Mitgliederversammlung bekanntgegeben. Jedem Genossen ist es somit möglich, die aufgeworfenen Probleme sorgfältig zu durchdenken. Das wirkt sich positiv auf die Diskussion in der Versammlung aus.

Zur gründlichen Vorbereitung ge-

hört weiter, daß zu bestimmten Themen die staatlichen Leiter ihre Meinung sagen. Sie werden deshalb zu den Parteigruppenversammlungen eingeladen. Das erfolgt auch wenn sie kein Mitglied der Partei sind.

Für jede Parteigruppe ist ein Leitungsmittglied der APO verantwortlich. Es sichert, daß die Parteigruppenversammlungen ebenfalls gewissenhaft vorbereitet werden. Wenn für die Mitgliederversammlung der APO Beschlußvorlagen vorbereitet werden, so erfolgt deren Ausarbeitung in einer Arbeitsgruppe.

(NW)